

W i l d b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Ausland monatlich 1.76 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspoststelle Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Haberle & Co., Wildbad. — Postbehalter: Postamt Wildbad. — Postfachkonto 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Besten Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restbetrag 50 Pf. — Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontroversen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Verlag, Druck und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 151. Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 237.

Nummer 285

Februar 179

Dienstag, den 6. Dezember 1927

Februar 179

62. Jahrgang

Die Fälschung des Völkerbundgedankens

Die Abrüstungsfreunde sind die Störenfriede

Die Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz ist planmäßig verlaufen. Sie hat sich, wie es die maßgeblichen Staaten von Anfang an beabsichtigten, von jedem Versuch ferngehalten, eine Erörterung über die grundsätzlichen Seiten der Frage neu zu beginnen. Sie hielt sich an ihre Aufgaben, den Sicherheitsausschuß einzurichten und ihren nächsten Tagungspunkt zu bestimmen. Es gab einige Stunden der Unentschiedenheit und der Spannung, als die russische Abordnung ihre ersten Erklärungen abgab und einen Abrüstungsplan vorlegte. Aber das Bedrückende dieser Stimmung verwandelte sich rasch und endgültig in Erleichterung und Heiterkeit, nachdem der Franzose Paul-Boncour die russischen Vorschläge mit höflichem Ton abgelehnt hatte. Nach der Rede Paul-Boncours am ersten Sitzungstag war klar, daß nicht nur die russischen Vorschläge, sondern die russische Beteiligung überhaupt für den Abrüstungsausschuß ihren Stachel verloren haben, daß sie in diesem Kreis nicht nur Ablehnung finden, sondern Heiterkeit. Mit ihren gewohnten Wahlsigkeiten haben die Moskauer den Abrüstungsgegnern wieder geradezu in die Hände gearbeitet.

Dies ist das bemerkenswerteste Ergebnis der Genfer Abrüstungs- und Sicherheitsgespräche: wer die Abrüstung beim Wort nimmt, wirkt als komische Figur. Die Rollen haben sich vertauscht. Die Abrüstungsfreunde sind in einer Verteidigungsstellung. Nicht die Staaten, die große Heere unterhalten, sondern diejenigen, die abrüsten wollen, gelten jetzt als die Störenfriede. Diese Auffassung, die noch bei den Abrüstungsverhandlungen im vergangenen März unstritten war, ist heute die amtlich anerkannte, gegen die nur Außenminister wie Rußland und Deutschland Einwendungen zu machen versuchen. Die Front der Abrüstungsgegner im Vorbereitungsausschuß findet kaum noch Widerstand.

Das praktische Ergebnis dieser Tagung beschränkt sich auf zweierlei: Einmal gibt es fortan nun auch noch einen Sicherheitsausschuß, und zum andern weiß man, wo man im Terminkalender die nächsten Sitzungen anzusehen hat. Die Zuständigkeit des Sicherheitsausschusses bleibt weiter unklar; nicht einmal über seine Zusammenlegung weiß man Zuverlässiges. Diesmal nahmen dieselben Persönlichkeiten daran teil wie im Vorbereitungsausschuß, nur der Vorsitzende ist ein anderer, Benesch statt Louden. Die Aussicht ist gering, daß vom Sicherheitsausschuß irgendwelche neuen Antriebe für die Abrüstung kommen könnten. Die drei Berichterstatter, die demnächst über die Schiedsgerichtsfrage, die Sicherheitsverträge und die Auslegung der Völkerbundsatzung berichten sollen, werden in der Hauptsache eine statistisch-dokumentarische Ausarbeitung vorlegen und dabei, wenigstens was den Berichterstatter für die Sicherheitsverträge, den Griechen Politis, angeht, von einem bestimmten politischen Vorurteil ausgehen, von der Auffassung, daß unter den gegebenen Umständen eine völlige Lösung der Sicherheitsfrage unmöglich, dagegen als Teillösung vorläufig der Abschluß eines Genfer Protokolls der europäischen Kontinentalstaaten zu empfehlen sei. Ueber die Zeitpunkte für die nächsten Sitzungen hat es lange Auseinandersetzungen gegeben. Der Sicherheitsausschuß wird erst am 20. Februar zusammenkommen, der Vorbereitungsausschuß am 15. März. Damit ist die Auffassung, daß der Abrüstung die Sicherheit vorausgehen müsse, auch der Zeit nach festgelegt, ein Erfolg der Abrüstungsgegner, der sich im März dadurch bemerkbar machen wird, daß statt technischer Dinge rein politische Fragen besprochen werden.

Das aber paßt in die Richtung der im Vorbereitungsausschuß maßgebenden Gruppen: Es soll noch klarer werden als es bisher war, daß die Abrüstung nur eine Nebenangelegenheit der Sicherheit ist. Die Abrüstung erscheint in diesem Gedankengang als ein durchaus unzeitgemäßes, ja unter gewissen Umständen sogar „den internationalen Frieden bedrohendes“ Thema, über das erst verhandelt werden darf, wenn der politische Boden reif ist. Die deutsche Auffassung, daß die Abrüstungskonferenz so bald wie möglich zusammentreten müsse, daß auf der Grundlage der gegenwärtig gegebenen Sicherheit zunächst einmal abgerüstet, dann weiter für die Verstärkung der Sicherheit und dadurch wieder für erneute Abrüstungsverminderung gearbeitet werden müsse, hat jenen Berechnungen gegenüber wenig Wirkungskraft. Bei den Neutralen herrscht geradezu eine Angst davor, die Abrüstungskonferenz könne zu früh kommen und durch mangelnde Vorbereitung dem Völkerbund schaden. Man sieht, daß diese Kreise augenscheinlich nicht wissen, wozu das Ziel der hinauschiebungs- und Vorbereitungslosigkeit führt, daß es auf nichts anderes hinausgeht, als die Vorstellung, daß die sich mit den Gedanken Völkerbund und Abrüstung verbindet, umzuändern und klar zu machen, daß die Abrüstung eine Aufgabe ist, deren sich der Völkerbund in seinem eigenen Interesse solange entziehen müsse, wie möglich. Deutschland steht bei diesen Genfer Verhandlungen nicht in der Rolle des völlig Abgerüsteten da;

Tagespiegel

Das Reichkabinett hat sich am Montag nachmittag abermals mit der Befolungsvorlage befaßt. Im Vordergrund standen die Ministerzulagen.

Die deutsche Abordnung zur Tagung des Völkerbundsrats ist am Sonntag mittags in Genf eingetroffen.

Nach der TU. haben die Regierungsparteien beschlossen, die Befolungsvorlage noch vor Weihnachten zu erledigen.

Litwinow ist von Genf abgereist, ohne in der Aussprache mit Chamberlain in einer englisch-russischen Verständigung etwas Erreicht zu haben.

dem die Abrüstung der ändern vertriebt worden ist, sondern es gilt als der drängende, im tiefsten Grund seines Herzens doch völkerbundfeindliche Störenfried. Wie wir aus dieser Rolle mit den Mitteln unserer bisherigen Taktik herauskommen könnten, ist nicht ersichtlich.

Stillelegung der deutschen Eisenindustrie

Berlin, 5. Dez. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat dem Reichsarbeitsminister in einem Schreiben bekannt gegeben, daß der Verein sich entschlossen habe, den „zuständigen“ Regierungstellen die demgemäß der Stilllegungsverordnung erforderliche Anzeige zugeben zu lassen. Diese Anzeige soll es den Werken der westfälischen Großindustrie ermöglichen, ihre Betriebe unter Vermeidung eines Arbeitskampfes auf 1. Januar 1928 aus wirtschaftlichen Gründen zu schließen. Die übrigen Hüttenwerke Deutschlands haben sich diesem Vorgehen angeschlossen.

Dieser Entschluß ist, wie der Großindustrielle Ernst Bönsgen beifügt, ein Akt der wirtschaftlichen Notwehr, den die Industriellen im vollen Bewußtsein der Verantwortung und in der Hoffnung unternehmen, durch ihn einen Arbeitskampf (Streik) mit seiner schweren Schädigung für Staat und Wirtschaft zu vermeiden. Die Gewerkschaften bestehen nicht nur auf der vollen Durchführung der Verordnung vom 16. Juli bei vollem Lohnausgleich, sowie einer ganz ungewöhnlich hohen allgemeinen Lohnenerhöhung, sie verlangen vielmehr überdies noch vom 1. Januar 1928 die Einführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte eisenverarbeitende und eisenverarbeitende Industrie. Bei dieser Sachlage sei die Industrie zur Stilllegung gezwungen.

Auch zahlreiche weiterverarbeitende Industriebetriebe des rheinisch-westfälischen Bezirks haben aus freien Stücken die Stilllegungsanzeige bei den zuständigen Regierungspräsidenten auf 1. Januar 1928 eingereicht, da die Verwirklichung der Gewerkschaftsforderungen den Betrieben die wirtschaftliche Weiterarbeit unmöglich macht.

Eingreifen der Regierung

Da die Verhandlungen zwischen den Werken und den Gewerkschaftsvertretern abgebrochen worden sind, wird der Reichsarbeitsminister in dieser Woche Schlichtungsverhandlungen einleiten.

Große Hüttenkonzerne haben die ausländischen Erzlieferanten erlucht, die Verschärfungen von Erz im Monat Dezember tunlichst einzuschränken und ab 1. Januar ganz einzustellen.

Rundgebung des Christlichen Metallarbeiterverbands

Der Christliche Metallarbeiterverband hat an den Reichsarbeitsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Wir halten uns verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß die Forderungen des Christlichen Metallarbeiterverbands klar erkennen lassen, daß es falsch ist, wenn die Industrie behauptet, die Gewerkschaften verlangten die Durchführung des schematischen Achtstundentages für die gesamte eisenverarbeitende und eisenverarbeitende Industrie, wollen Lohnausgleich usw. Wir müssen Einspruch erheben gegen die Darstellung, deren sich die deutsche Großindustrie in ihrer Zeitschrift vom 2. Dezember bedient. Die Androhung der Betriebsstilllegung ist erfolgt bevor die eigentlichen Verhandlungen begonnen und bevor namentlich die Auswertungen unserer Vorschläge ausreichend geprüft worden sind. Wir bitten Sie daher, das letztere veranlassen zu wollen.

Neueste Nachrichten

Zur Befolungsvorlage

Berlin, 5. Dez. Wie die Blätter melden, hat die Zentrumsfraktion zur Befolungsvorlage den Vorschlag gemacht, die Befolungen zunächst nur um 75 v. H. der im Gesetzentwurf vorgesehenen Erhöhung zu verbessern und um die restlichen 25 v. H. später zu erhöhen. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei seien gegen den Vorschlag, worauf er vom Zentrum zurückgezogen worden sei. Auch die preussische Regierung habe ihn abgelehnt. Das Reichskabinett ist für die volle Ausführung der Vorlage, und es

ist anzunehmen, daß die im Ausschuß vorgenommenen Änderungen des Entwurfs wieder beseitigt werden. Die Fraktionen treffen heute ihre Entscheidungen.

Schwierige Regierungsbildung in Hessen

Darmstadt, 5. Dez. Das Zentrum hält an dem Ministerium des Innern fest und erklärt, nur an einer Regierung teilzunehmen, die die kulturellen Forderungen der Katholiken anerkenne, die aber vom Zentrum noch nicht formuliert sind. Da nach den Meldungen sozialdemokratischer Blätter die Sozialdemokratie das Ministerium des Innern diesmal für sich in Anspruch nimmt, so stehen sich bisher die beiderseitigen Forderungen schroff gegenüber. Die schwierige Frage der Befehlung des Finanzministeriums ist noch ungeklärt. Nur sozial scheint festzustehen, daß die Demokraten nicht an diesem Ministerium festhalten. Die erste Sitzung des Landtags ist auf den 8. Dezember anberaumt.

Stadterordnetenwahlen in Schwerin

Schwerin, 5. Dez. Bei den gestrigen Wahlen zur Stadterordnetenversammlung von Schwerin erhielten laut „Montagspost“ die Bürgerliche Einheitsliste 11 056 (9 745), die Sozialdemokraten 8 940 (6 628), die Mieter 2 175 (45), die Demokraten 1 140 (2 699), die Völkischen 1 336 (1 398), die Kommunisten 304 (649), die Angestellten 640 (445), die Mittelstandsgruppe 150 (41) Stimmen.

Vom Völkerbund

Die 48. Tagung des Völkerbundsrats

Genf, 5. Dez. Der Völkerbundsrat ist heute vormittag 11 Uhr zu seiner 4. Tagung unter Vorsitz des Chinesen Tscheng Poh zusammengetreten. Zunächst fand eine anderthalbstündige geheime Beratung statt, in der hauptsächlich der polnisch-litauische Streit besprochen wurde. Auf Antrag Chamberlains wurde beschlossen, den ungarisch-rumänischen Optantenstreit zu vertagen. Der Norweger Colban wurde zum neuen Direktor der „Abrüstungsabteilung“ des Völkerbunds ernannt, womit wenigstens wieder ein auskömmliches Amt geschaffen wurde.

Nachmittags hatte Chamberlain in seinem Hotel Beau Rivage eine Besprechung mit Litwinow, Dr. Stresemann eine solche mit dem polnischen Außenminister Jaleski und mit Woldemaras. Auch die anderen Staatsmänner benützten den Nachmittag zu privaten Besprechungen. Die nächste öffentliche Versammlung findet morgen vormittag 10 1/2 Uhr statt.

In der heutigen öffentlichen Sitzung wurden verschiedene Berichte entgegengenommen.

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hatte am Sonntagabend eine längere Besprechung mit Litwinow. Die Polen haben gebrocht, Polen werde aus dem Völkerbund austreten, wenn man ihm in dem Streit nicht recht gebe. Von polnischer Seite wird das bestritten. Ein Fünferausschuß, in dem die juristischen Berater der englischen, französischen, italienischen und japanischen Abordnung tätig sein werden, wird eine „juristische Formel“ suchen, mit deren Hilfe der polnisch-litauische Streit beigelegt werden soll. Ob auch Deutschland zugezogen wird, ist noch nicht bekannt.

Chamberlain soll sich geäußert haben, er habe sehr geringe Hoffnung, daß bei der Tagung ersprießliche Arbeit geleistet werde.

„Das unverwundbare Heer“

Schanghai, 5. Dez. In der Küsten-Provinz Tschekiang, südlich von Nanking, hat sich ein Selbstschuß der Bauern gebildet, der ähnlich wie der „rote Speer“ gemeinsam die militärischen Eingriffe in das bäuerliche Eigentum mit Waffengewalt abwehren will. Der neue Bauernbund nennt sich das „unverwundbare Heer“.

Deutscher Reichstag

Berlin, 5. Dezember.

Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen das deutsch-portugiesische Abkommen über den Zivilprozeß angenommen.

Es folgt die Beratung der Zentrums-Anfrage über die Notlage im Aachener Gebiet. Abg. Sinn-Aachen (Z.) begründet die Anfrage, zu deren Behebung die Schaffung einer Wasserstraße dringend notwendig sei. Die Fertigstellung des Mittellandkanals würde dagegen den Ruhrbergbau noch weiter bevorzugen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius bespricht die Hilfsmassnahmen, die erwogen werden, an erster Stelle verkehrsrechtliche und tarifliche Erleichterungen.

Abg. Ehrhardt (Z.) begründet hierauf die Anfrage über die Wasserstraßen und Verkehrsfragen des Oberrheins. Die gefährdeten Wirtschaftsgebiete müssen verlangen, daß eine leistungsfähige Wasserstraße von Oberelsaß bis Stettin gesichert werde.

Totales.

Wildbad, den 6. Dezember 1927.

Der Kurverein hielt am vergangenen Samstag im Hotel Ramm seine Hauptversammlung ab. Die Besucherzahl unterschied sich auch diesmal nicht von der der Vorjahre. Es mögen ungefähr 50 Mitglieder anwesend gewesen sein, was den 11. Vorsitzenden, Herrn W. Frißsche, veranlaßte, in seiner Begrüßungsansprache seinem lebhaften Bedauern über das mangelnde Interesse der Kurinteressenten Ausdruck zu geben. Umso freudiger begrüßte er Herrn Stadtschultheiß Bäßner als Vertreter der Stadt und Herrn Oberrechnungsrat Wohlwender als Vertreter der Badverwaltung. Er erteilte hierauf dem Kurvereinssekretär Maier zur Erstattung des Protokolls der vorjährigen Generalversammlung und zur Verlesung des Protokolls der letzten Ausschußsitzung das Wort. Dem letzteren war zu entnehmen, daß für die Ladeninhaber der Beitrag auf 10 M. für Handwerker auf 8 M. reduziert werden soll. Hierauf folgte der Geschäftsbericht für 1927, aus dem erfreulicherweise eine starke Zunahme der Frequenz gegenüber dem Vorjahre ersichtlich war. Die gebesserte Wirtschaftslage trage ein Hauptverdienst an dieser Zunahme. Es sei nicht zu verkennen, daß Deutschland eines der billigsten Reise-Länder in diesem Sommer gewesen sei, im Gegensatz zu Italien, wo es gegenüber den Vorjahren wesentlich teurer war. Das Gleiche treffe auch bei Frankreich zu. Nach dem Ausspruch eines Amerikaners dürfe Deutschland für sich in Anspruch nehmen, das ideale Land zu sein. Trotz der hohen Ausgabe für die Amerikareklame sei aber der Amerikanerbesuch ein recht bescheidener gewesen. Das sei darauf zurückzuführen, daß wir eben in der Hauptsache Badegäste und nur wenige Kurzugäste hier haben. Besonders erwähnt muß werden, daß die Badverwaltung sehr reichhaltige Unterhaltungsprogramme für die Kurzugäste geboten habe. Die Reklame für unser Bad, die in 80 Zeitungen und 28 Zeitschriften Verbreitung fand, habe mit Teil an dem stärkeren Besuch der diesjährigen Saison. Auch seien Tausende von Prospekten versandt worden, teils vom Verkehrsbüro, teils von der Badverwaltung. Außerdem wurden zur Hebung des Fremdenverkehrs 44 Verbände aufgefordert, ihre Tagungen in Wildbad abzuhalten. Die Arbeiten alle aufzuführen, die das Verkehrsbüro zu bewältigen hatte, sei unmöglich. — Der Wohnungsnachweis ging reibungslos von statten, jedoch waren nicht immer genügend Zimmer in guten Lagen vorhanden. Das Jahr 1927 habe eine Vermehrung der Arbeiten, aber auch einen Ausbau der Tätigkeit gebracht.

Man bekommt nichts in den hiesigen Geschäften

Eine oft gehörte, aber recht gedankenlose Redensart derer, die es für besonders vornehm halten, alles auswärts zu kaufen. Dabei sollte man aber nicht vergessen, daß auch beim „Jakob aus Amerika“ das Geschrei meist größer ist als die Qualität und Auswahl. Wer ein bißchen nachdenkt, wird verstehen, was wir meinen.

— Der Vorsitzende stellt hierauf den Geschäftsbericht zur Diskussion und gibt während dessen darüber Auskunft, daß von den erstmals in diesem Sommer an die Kurzüge ausgegebenen Fragetarten: „Was hat Ihnen in Wildbad gefallen?“ 8% abgegeben wurden, und stellt in Aussicht, die Antworten verlesen zu lassen. Während am eigentlichen Geschäftsbericht niemand Kritik übt, sodas der Geschäftsführer entlastet werden konnte, drückt E. Müller sein Bedauern darüber aus, daß er als offizieller Führer bei der Gärtnerstagung das Fahrgeld entrichten mußte, während die Gärtner freie Fahrt nach dem Sommerberg hatten. Bergbahnavwalter Gutbub erklärt, keine Kenntnis davon gehabt zu haben, und bittet, daß künftig, um derartige Zwischenfälle zu vermeiden, vom Kurverein Mitteilung an die Bergbahnverwaltung erfolgen möge. — Daran anschließend folgte der Kassenbericht, der bereits in der vorhergegangenen Ausschußsitzung geprüft und in Ordnung befunden wurde. Für das nächste Geschäftsjahr werden an Hand des diesjährigen Abschlusses 7280 M. in den Voranschlag eingestellt. — Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der Kurverein die Herausgabe eines neuen Führers vorgesehen habe, und bittet um Unterstützung durch Beteiligung der Mitglieder in Form von Inseraten, damit für den Verein etwas herauskomme. Gleichzeitig gibt er die Versicherung, daß künftig nur noch Führer vom Kurverein herausgegeben werden sollen, da in letzter Zeit Unzuträglichkeiten entstanden sind. — Hierauf wird in den 4. Punkt der Tagesordnung (Neuwahlen) eingetreten. Der stellvertretende Vorsitzende gibt vom Eingang eines Schreibens des bisherigen verdienten Vorsitzenden Franz Bopp Kenntnis, worin sich derselbe entschuldigt, wegen Verhinderung an der Hauptversammlung leider nicht teilnehmen zu können, und der Versammlung einen guten Verlauf wünscht. Gleichzeitig gibt Herr Bopp sein Amt als 1. Vorsitzender zurück und spricht seinen Dank aus für das ihm während seiner Vorstandschaft erwiesene Vertrauen. Herr Frißsche bedauert lebhaft, daß Herr Bopp die Vorstandsstelle niederlegt, und bittet die Versammlung um Genehmigung, Herrn Bopp den Dank des Vereins für seine erspriehliche Tätigkeit in Form eines Handschreibens auszusprechen zu dürfen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. — Durch diesen Rücktritt ist die 1. Vorstandsstelle neu zu besetzen und wird auf Antrag von Herrn Müller der 11. Vorsitzende für diesen Posten in Vorschlag gebracht. Herr Müller würdigt die Verdienste, welche der 11. Vorstand sich schon als Stellvertreter um den Verein erworben hat, und bittet denselben, das Amt zum Wohle des Vereins anzunehmen. Herr Frißsche, der es trefflich versteht, den Verein auf dem sich gesteckten Ziel vorwärts zu bringen, nimmt unter stürmischem Beifall der Versammlung die 1. Vorstandsstelle an. Zum 11. Vorsitzenden wird in geheimer Abstimmung Herr Dr. Schwab gewählt. In der übrigen Zusammensetzung der Vorstandschaft tritt keine Aenderung ein. (Fortsetzung folgt.)

Trennung von Ortsgesprächen. Um eine einheitliche Regelung durchzuführen, hat das Reichspostministerium neue Bestimmungen über die Trennung von Orts-, Vororts-, Bezirks- und Schnellverkehrsgeprächen zugunsten von Ferngesprächen und Blitzelegrammen erlassen, die vom 1. Dez. an auch in Württemberg in Anwendung kommen müssen. Der Ausgleich für durch Ferngespräche usw. getrennte Ortsgespräche wird darnach als durch den Abzug von 3, 4 oder 5 v. H. der gezahlten Ortsgespräche ausgeglichen bezeichnet, eine besondere Entschädigung für getrennte Ortsgespräche findet also nicht statt. Für die Trennung der anderen Gespräche sind folgende Bestimmungen erlassen: Sind Orts-, Bezirks- und Vorortsgepräche zugunsten von Ferngesprächen usw. unterbrochen worden, so wird die unterbrochene Verbindung nach Beendigung des Ferngesprächs oder nach Uebermittlung des Blitzelegrammes wieder hergestellt, wenn der Teilnehmer, der das unterbrochene Gespräch angemeldet hatte, dies spätestens eine Stunde nach Unterbrechung der ersten Verbindung beantragt, also ein Erfahrgespräch unter der Angabe, daß sein Gespräch getrennt worden sei, anmeldet. Auf die Summe der beiden Gesprächszeiten wird ihm dann eine Minute gut gerechnet.

9 Stunden Tageslänge. In den letzten 21 Tagen hat die Tageslänge wiederum um eine Stunde abgenommen. Es geht der Winterjonnennende zu, an der wir den kürzesten Tag mit 8 Stunden 22 Minuten haben.

Der Lumpenmann mit Teddybären kommt Montag den 12. Dezember. bestimmt erst am Montag Taucher-Pforzheim.

Turn-Verein Wildbad.
Heute abend 8 Uhr
Theaterprobe
in der „Alten Linde“.
Der Vorstand.

Heute abend 8 Uhr
Turnstunde
für Teilnehmer an den Frei- und Gymnastikübungen.
Pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet
Der Turnwart.

Schülerturnen fällt aus.
Die wirksamen
Hustenbonbon
Hustentee
Hustentropfen
Hustensaft
kaufe man
nur
Eberhard-Drogerie
W.V.W.
Morgen Mittwoch nachm. 4 Uhr
bei Kull zur alten Linde.
6-7 Raummeter **Dürve**
tannene und forchene
Reisprügel
hat sofort zu verkaufen. Wer
sagt die Tagblattgeschäftsstelle.

BLANK

Diese 2

unser hübscher **Einlageschein**
in vornehmem Geschenksparochlag und die
blitzblanken **Heimsparbüchse**
sind schöne praktische
Festgeschenke

Württ. Landessparkasse
Gegründet 1818
Hauptkasse in Stuttgart, Kanzleistr. 25 u. 36
650 Zweigstellen in allen Teilen des Landes
Zweigstellen in
Wildbad: Ludwig Kappelman, Kaufmann
Calmbach: Rektor a. D. Luther
Enzklösterle: Pfarrer Reger.

Kartoffel- und Heuaufkäufer
gesucht. Telephonische Offerten erbeten.
Schulmann G. m. b. H., Berlin-Hatensee, Katharinenstraße 9.
Telephon: Uhland 1783.

Billiges Weihnachts-Angebot

Weiß Ia. Hemdentuch	rein Macco	per Mtr.	1.25
Weiß Ia. Cretonne	extra schwer, für Kissen	per Mtr.	1.25
Weiß Ia. Haustuch	150 cm, für Betttücher	per Mtr.	1.50
Weiß Ia. Halbflanell	(Cöper)	per Mtr.	1.30, 1.00
Weiß Ia. Handtücher			0.90, 0.75
Weiß Ia. Handtücher	reinleinen, Gerstenkorn		1.30
Weiß 130 cm br. schwerer Damast	in Streifen- und Blumenmust.		2.50

Trikotagen, Bettwäsche, Bettdecken, Tischdecken und Taschentücher
große Auswahl

J. Frank
Pforzheim, Westl. 23, I (gegenüber dem Schauspielhaus)

Kleinkinderschule.
Wie in den Vorjahren werden für die Weihnachtsfeier der Kleinkinderschule Gaben erbeten. Solche werden entgegenommen von Frau Stadtschultheiß Baegner, Frau Apotheker Stephan, den Kinderschwestern und dem Unterzeichneten. Im Voraus wird dafür bestens Dank gesagt. Die Weihnachtsfeier wird am 21. Dezember stattfinden.
Der Vorstand: J. A.: Dr. Federlin.

Prima junges, fettes Rindfleisch
zu haben bei
Mehaerei Ellermann.

Wenn sie ein gutes Seifenpulver suchen!

Dixin

Die Zeitungsanzeige ist die beste und billigste Reklame; sie ist als Werbemittel unübertreffbar.

Backpulver, Hirschhornsalz, Pottasche, Vanillezucker, Anis, Vanille in Stangen, gemahlener Zimt, Bittermandel-Essenz, Rosenwasser, Oblaten
finden Sie in ausgezeichneter Qualität
in der Stadt-Apotheke.

Ratten und Mäuse Wanzen u. Motten Käfer etc. samt Brut
beseitigt rationell

A. & K. Helfer, Desinfektions-Anstalt, Pforzheim, Güterstraße 21, Fernspr. 1923.
Musterbillige neuzzeitliche Bettfedernreinigung - Säml. Baumschädigungs-Reklämpfungsmittel. — Anfragen befördert die Tagblattgeschäftsstelle.